

RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft

Gerhard Halder

Nord Stream 2 – Das Beharren auf widerlegten Argumenten



Springer VS

RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft

Reihe herausgegeben von

Olaf Kühne, Forschungsbereich Geographie, Eberhard Karls Universität Tübingen,
Tübingen, Deutschland

Sebastian Kinder, Forschungsbereich Geographie, Eberhard Karls Universität Tübingen,
Tübingen, Deutschland

Olaf Schnur, Bereich Forschung, vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e. V., Berlin, Deutschland

RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft | SpaceAffairs: City – Region – Landscape
Im Zuge des „spatial turns“ der Sozial- und Geisteswissenschaften hat sich die Zahl der wissenschaftlichen Forschungen in diesem Bereich deutlich erhöht. Mit der Reihe „RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft“ wird Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein Forum angeboten, innovative Ansätze der Anthropogeographie und sozialwissenschaftlichen Raumforschung zu präsentieren. Die Reihe orientiert sich an grundsätzlichen Fragen des gesellschaftlichen Raumverständnisses. Dabei ist es das Ziel, unterschiedliche Theorieansätze der anthropogeographischen und sozialwissenschaftlichen Stadt- und Regionalforschung zu integrieren. Räumliche Bezüge sollen dabei insbesondere auf mikro- und mesoskaliger Ebene liegen. Die Reihe umfasst theoretische sowie theoriegeleitete empirische Arbeiten. Dazu gehören Monographien und Sammelbände, aber auch Einführungen in Teilaspekte der stadt- und regionalbezogenen geographischen und sozialwissenschaftlichen Forschung. Ergänzend werden auch Tagungsbände und Qualifikationsarbeiten (Dissertationen, Habilitationsschriften) publiziert.

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne, Universität Tübingen

Prof. Dr. Sebastian Kinder, Universität Tübingen

PD Dr. Olaf Schnur, Berlin

In the course of the “spatial turn” of the social sciences and humanities, the number of scientific researches in this field has increased significantly. With the series “RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft” scientists are offered a forum to present innovative approaches in anthropogeography and social space research. The series focuses on fundamental questions of the social understanding of space. The aim is to integrate different theoretical approaches of anthropogeographical and social-scientific urban and regional research. Spatial references should be on a micro- and mesoscale level in particular. The series comprises theoretical and theory-based empirical work. These include monographs and anthologies, but also introductions to some aspects of urban and regional geographical and social science research. In addition, conference proceedings and qualification papers (dissertations, postdoctoral theses) are also published.

Edited by

Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne, Universität Tübingen

Prof. Dr. Sebastian Kinder, Universität Tübingen

PD Dr. Olaf Schnur, Berlin

Weitere Bände in der Reihe <https://link.springer.com/bookseries/10584>

Gerhard Halder

Nord Stream 2 – Das Beharren auf widerlegten Argumenten

Gerhard Halder
Wirtschaftsgeographie
Universität Tübingen
Tübingen, Deutschland

ISSN 2625-6991 ISSN 2625-7009 (electronic)
RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft
ISBN 978-3-658-35409-1 ISBN 978-3-658-35410-7 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-35410-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Lektorat/Planung: Cori A. Mackrodt

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort

Die Verfügbarkeit von Energie ist für die Funktionsfähigkeit moderner Gesellschaften eine Grundvoraussetzung. Entsprechend umkämpft sind der Zugang zu und die Sicherung von Energiequellen und -trägern. Auch innerhalb der EU tragen die Staaten heftige Konflikte um energiewirtschaftliche Vorteile aus. Ein besonderes Konfliktfeld nehmen dabei die Energiebeziehungen zu Russland ein. Etwas vereinfacht, in der Sache aber zutreffend ausgedrückt sind es zwei Faktoren, welche den Grad der Reserviertheit gegenüber Energiebeziehungen mit Moskau bestimmen: Die räumliche Nähe zu Russland sowie das Ausmaß der negativen historischen Erfahrungen mit russischer Machtentfaltung. Die historischen Empfindlichkeiten werden noch einmal verschärft, wenn Russland scheinbar exklusive Energiebeziehungen mit Deutschland unterhält. Darüber hinaus stellen Akteure in mehreren Staaten die Frage, in wieweit überhaupt Energiebeziehungen mit einem Russland unterhalten werden können, das sich nach innen repressiv und nach außen aggressiv verhält, insbesondere mit Blick auf die Ukraine.

Diese Haltung wird von vielen Autoren als eine geopolitische Perspektive auf Energie bezeichnet. Sie greift seit mehreren Jahren mit zunehmender Intensität als eine weitere Dimension in die Energiepolitik ein, die – inzwischen klassisch – aus dem Zieldreieck der Bezahlbarkeit, der Versorgungssicherheit, sowie des Umweltschutzes (inclusive des Klimaschutzes) besteht. Damit verschiebt sich aber auch die bisherige Grundlage der Energiepolitik in der EU, die v. a. auf Marktprozesse setzt und staatlichen bzw. überstaatlichen Akteuren nur eine grundlegend regulierende Rolle beimisst. Es sind v. a. die jüngeren EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa (MOE), die aufgrund der fundamentalen Bedeutung von Energie eine stärker politische Einflussnahme wünschen. Dem gegenüber sehen andere Akteure wie die Niederlande und ähnlich Deutschland keinen Widerspruch darin, Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten und gleichzeitig eine kritische Haltung gegenüber der russischen Politik einzunehmen.

Vor diesem Hintergrund haben die russische Gasprom und fünf große Versorger aus der EU im Jahr 2015 einen Vertrag über den Bau einer zweiten Pipeline auf dem Grund der Ostsee geschlossen. Befürworter wie Gegner dieser Pipeline führten von Beginn an eine heftige Debatte über die Erwünschtheit und die Legitimität des Projekts. Der vorliegende Beitrag stellt die Grundlinien der Argumente in der gebotenen Kürze vor. Er

zeigt dann auf, dass seither praktisch alle Argumente – pro oder contra – gegenstandslos geworden sind oder substanziell an Argumentationskraft eingebüßt haben. Denn die energiewirtschaftliche Welt hat sich in dieser kurzen Zeitspanne dramatisch gewandelt. Der ursprünglich als steigend eingeschätzte Erdgasbedarf wurde durch die Bestrebungen zur Dekarbonisierung dramatisch korrigiert, jedoch müssen auf mittlere Sicht Atom- und Kohleausstiege in mehreren Ländern kompensiert werden. Der unerwartet starke Rückgang der eigenen Förderung steht eine weltweite „Gasschwemme“ durch den Fracking-Boom gegenüber. Vor diesem Hintergrund weichen die Expertisen zu Nachfrage- und Bedarfsberechnungen in geradezu abenteuerlicher Weise voneinander ab, wobei avantgardistische AutorInnen die Beharrungskräfte beklagen, die von traditionell karbonfreundlichen Akteuren bzw. Organisationen ausgehen.

Fast schon als „game-changer“ lassen sich die EU-Politiken zur Regulierung des Erdgassektors bezeichnen. Sie haben bewirkt, dass heute ein Erdgas-Binnenmarkt besteht, in dem Erdgas in beliebige Richtungen fließen kann, im Auktionshandel Niedrigstpreise aufgerufen und Überschussmengen verrechnet werden. Investitionen in Speicher, Nothilfepläne und Flüssiggas-Ports (LNG) haben dazu geführt, dass die Abhängigkeit von russischem Erdgas dramatisch abgenommen hat. Rein rechnerisch übersteigen die freien LNG-Kapazitäten den gesamten russischen Import der EU. Die früher bestehende (übrigens wechselseitige) Abhängigkeit der EU gegenüber russischen Erdgaslieferungen besteht seit etwa 2016 nicht mehr.

Von Gegnern wird weiter moniert, dass eine unnötige Pipeline unvereinbar mit dem Umweltschutz ist. Hier ist aber zu bedenken, dass die neue Pipeline den Transit von der Jamal-Halbinsel her gegenüber dem ukrainischen Korridor um etwa 1200 km verkürzt und dass eine gewisse Redundanz im Pipelinennetz erst die Versorgungssicherheit garantiert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Einwände der Überversorgung bei der polnisch-dänischen Baltic Pipe nicht annähernd mit derselben Vehemenz geführt werden. Letztlich geht dieser Teil der Debatte aber am bedeutendsten Faktor vorbei, nämlich am extrem hohen Klimarisiko, welches von Erdgas ausgeht. Ein Klimavorteil für Erdgas ergibt sich gegenüber anderen fossilen Energieträgern bei der Verbrennung, ein erheblicher Nachteil indes im Fall von Leckagen. Hier hat die Nord Stream 2 als Neubau eindeutig Vorteile, auch deshalb, weil sie submarin mit höherem Betriebsdruck arbeiten kann, was weniger Verdichterstationen benötigt. Ein Faktor der Unsicherheit bleibt der Zustand des russischen Zulaufs zu allen Korridoren nach Westen; dies bleibt ein wichtiges Handlungsfeld für die Zukunft. Erhebliche Risiken gehen jedoch auch von unsachgemäßem Fracking aus, sowie durch bekanntermaßen schlecht gewartete und marode Pipelines – wie jene durch die Ukraine.

Die Ukraine ist denn auch metaphorisch der Elefant, der im Raum steht. Praktisch alle Stimmen, die sich gegen Nord Stream 2 erheben, führen auch die Problematik um die Ukraine an, und zunehmend werden die Debatten darauf verdichtet und weiter vehement geführt. Dies verweist darauf, dass andere Teile der Debatte weniger bedeutsam, erledigt oder weniger wichtig sind bzw. waren. Die verbleibenden Argumente kreisen im Kern um zwei Punkte:

Erstens gehen der Ukraine erhebliche Transiteinnahmen verloren, die bislang in hohem Maße zur Finanzierung des Staatshaushaltes bzw. zur Umverteilung innerhalb der Ukraine bereitstanden. Hier ist einzuwenden, dass diese Finanzierungsquellen im Zuge der Dekarbonisierung langfristig ohnehin versiegen werden. Mittelfristig sind sie mehr als unsicher, da der Betrieb der Pipeline bis 2030 erhebliche Erhaltungsinvestitionen verlangt. Die Gebühren für den Transit sind eigentlich genau für diesen Unterhalt bestimmt. Die jüngst neu geschaffenen Alternativen (Turkish Stream, TANAP/TAP, die LNG-Ports) führen im Südkorridor ohnehin zu einem Rückgang des ukrainischen Transits. Es geht also letztlich um die zukünftige Finanzierung der Ukraine. Es ist dabei nicht klar, weshalb diese Rolle prominent dem Erdgassektor zufallen soll. Es spricht hingegen viel dafür, eine Unterstützung der Ukraine an eine demokratische Kontrolle und Zweckbindung der Mittel zu knüpfen, da das Land anhaltend mit erheblicher Korruption kämpft und der ukrainische Energiesektor in der Vergangenheit privaten Akteuren zu geradezu märchenhaftem Reichtum verhalf.

Zweitens geht es darum, einen substanziellen Teil des Transits durch die Ukraine beizubehalten, um dem Land einen Hebel im Konflikt mit Russland zu belassen. Mit anderen Worten soll der Ukraine die Möglichkeit belassen werden, bei einem sich weiter zuspitzenden Konflikt mit Russland autonom die Erdgasversorgung nach Westen abzubauen. Es ist nicht ganz einsichtig, wie dieser Punkt mit dem Aspekt der Versorgungssicherheit vereinbar sein soll, der von Gegnern der Pipeline ins Feld geführt wird. Bemerkenswert ist zudem, dass Polen sich mit der Baltic Pipe und LNG möglichst vollständig unabhängig von russischem Erdgas machen will, auf einem ukrainischen Transit (für andere Staaten) aber vehement besteht. Dabei ist der Export von Erdöl für Russland erheblich wichtiger als jener von Erdgas, und die USA beziehen aus diesen Quellen reichlich. Die Staaten der EU und darüber hinaus die NATO haben viele Mittel, im Falle von Konflikten zu reagieren. Weshalb die Erdgaskunden dieses Risiko tragen sollen, welches dazu in den Ländern der EU ungleich verteilt ist, wurde von den Gegnern der Nord Stream 2 Pipeline bislang nicht schlüssig dargelegt.

Die Dekonstruktion der Einwände gegen das Projekt bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass die Argumente für das Projekt zwingend sind. Absehbar würde der Wettbewerb im Erdgassektor ansteigen und die ohnehin niedrigen Preise weiter senken. Und jeder zusätzliche Korridor bedeutet eine etwas höhere Versorgungssicherheit. Nur für den Extremfall einer Ausweitung des russisch-ukrainischen Konflikts böte die Pipeline eine deutlich höhere Sicherheit. Ob in diesem Fall aber die Wirtschaftsbeziehungen unverändert bleiben könnten, ist zweifelhaft. Letztlich wird Nord Stream 2 aber ohne öffentliche Mittel finanziert. Das Projekt quasi ex-post aus (außen)politischen Gründen zu stoppen, würde erhebliche Regressforderungen nach sich ziehen und darüber hinaus das Vertrauen in die Planungssicherheit von Investitionen in die Infrastruktur weiter erschüttern. Hohe Kosten entstehen jedoch auch bei einer Fertigstellung von Nord Stream 2. Darunter fallen politische Kosten gegenüber verärgerten Partnern, was die zukünftige Handlungsfreiheit Deutschlands einschränkt. Darunter fällt auch eine nochmals stärkere Unterstützung der Ukraine auf unterschiedlichen Feldern. Obwohl diese

Unterstützung weitgehend als auch im eigenen Interesse Deutschlands angesehen wird, steigt absehbar der Anteil, den Deutschland an der Finanzierung und an der organisatorischen Unterstützung für die Ukraine aufbringen muss.

im August 2021

Gerhard Halder